

**„In den Jahren 1939 — 1942
wurden vom ehemaligen Aspangbahnhof
zehntausende österreichische Juden
in Vernichtungslager transportiert
und kehrten nicht mehr zurück“**

Niemals vergessen!

Nie wieder Faschismus!

**Mahnwache und Kundgebung
Mittwoch, 9. November 2016, 18 Uhr**

**Gedenkstein vor dem ehemaligen
Aspangbahnhof (Platz der Opfer der
Deportation, 1030 Wien)**

Zu dieser Kundgebung rufen auf:

Abg. z. LT Madeleine Petrovic; Abg. z. NR Albert Steinhauser; Abg. z. NR Karl Öllinger; Alternative und Grüne GewerkschafterInnen (AUGE/UG); BEIGEWUM; BR Susanne Empacher – Kommunistische Partei Landstraße; Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en; David Schalko; Deserteurs- und Flüchtlingsberatung; Die Grünen Wien; Doron Rabinovici (Republikanischer Club); Eva Lachkovics – Die Grünen Frauen Wien; FSG-Betriebsgruppe der AK-Wien; Gewerkschaftlicher Linksblock (GLB); Grüner Klub im Rathaus; Infoladen Wels; Initiative Aspangbahnhof; Israelitische Kultusgemeinde Wien (IKG Wien); Kommunistische Partei Österreichs – Wien (KPÖ-Wien); KZ-Verband/VdA Bundesverband; Landesverband NÖ KZ-Verband/VdA; Landesverband Wien KZ-Verband/VdA; Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ); Niki Kunrath – Die Grünen Wien; Österreichische KZ-Vereinigung Buchenwald; Peter Menasse – Chefredakteur „Nu“; Pierre Ramus Gesellschaft; Prof. Rudolf Gelbard; Redaktion „Akin“; Republikanischer Club Wien – Neues Österreich; Romano Centro – Verein für Roma; Service Civil International (SCI); Sozialistische Jugend Wien (SJ-Wien); Sozialistische LinksPartei (SLP); SPÖ – Bezirksorganisation Landstraße; SPÖ – Sektion Eurogate; Unabhängiges Antifaschistisches Personenkomitee Burgenland; Verein GEDENKDIENTST; Verein Internationaler Zvildienst; Verein Steine des Gedenkens für die Opfer der Shoa; Wien Anders; Wiener ArbeiterInnen Syndikat (WAS)



Niemals vergessen!

Woran gedenken wir am 9. November?

Schon in der Nacht vom 11. zum 12. März 1938, also anlässlich des Einmarsches der deutschen Wehrmacht in Österreich, begannen Ausschreitungen gegen Jüdinnen und Juden in Österreich. Viele wurden von SA- und HJ-Leuten wie von „einfachen“ Parteimitgliedern, die sich ihre Hakenkreuzbinden und Orden angeheftet haben, verhaftet, geschlagen und öffentlich gedemütigt. Fensterscheiben wurden eingeschlagen. Juden und Jüdinnen wurden gezwungen Parolen, welche Anhänger des austrofaschis-



Der Gedenkstein vor dem ehemaligen Aspangbahnhof

tischen Bundeskanzlers Schuschnigg am Vorabend des „Anschlusses“ auf Wände und Gehsteige geschrieben haben mit Reib- und Zahnbürsten gewaschen. Wiewohl mancher der Schaulustigen ihre Bekannten und FreundInnen unter den Gedemütigten erkannt haben mußte, hat niemand den Mut aufgebracht zu protestieren – was zu diesem Zeitpunkt sowohl möglich als auch sinnvoll hätte sein können. Mit diesen Erniedrigungen begann die systematische Diskriminierung der österreichischen Juden und Jüdinnen. Umso heftiger als im „Altreich“, weil in Österreich die Entwicklung, die in Deutschland fünf Jahre gedauert hatte, in kürzester Zeit über die Betroffenen hereingebrochen ist.

Etwa 200.000 ÖsterreicherInnen wurden nach den „Nürnberger Rassengesetzen“ zu „Juden“ erklärt, wobei etwa 180.000 von ihnen tatsächlich der jüdischen Religion angehörten. Die Nazis begannen mit Berufsverboten und Ausbildungsbeschränkungen, Juden und Jüdinnen wurden in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Das erste Ziel war es, die jüdische Bevölkerung aus dem öffentlichen Leben zu drängen. Dann sollte ihr die wirtschaftliche Lebensgrundlage entzogen und nicht zuletzt: gleich ob Arm,

ob Reich, ihr gesamtes Vermögen geraubt werden und dieses zumindest nach Willen der Nazi-Granden in die Kassen des „Dritten Reiches“ fließen – obwohl sich auch manch anderer dabei „bedient“ hatte.

Adolf Eichmann, ein strebsamer Biedermann im Dienste des Sicherheitsdienstes (SD) der SS, wurde nach Wien beordert, um die „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ aufzubauen. „Auswanderung“ hieß die Beschönigung für das Vorhaben der Nazis, möglichst viele Jüdinnen und Juden aus Österreich zu vertreiben. Doch davor sollte sichergestellt werden, daß diese nicht mehr als die notwendigsten Habseligkeiten mit sich nehmen konnten, der gesamte übrige Besitz wurde beschlagnahmt.

Trotz des stetig zunehmenden Terrors durch die Nazis konnten und wollten viele die Heimat nicht Hals über Kopf verlassen. Besonders älteren Menschen fiel das schwer.

Die führenden Nazis hatten schon lange auf einen Anlaß gewartet, die JüdInnenverfolgung zu verschärfen. Sie brauchten einen Vorwand, mit dem sie diese v. a. auch gegenüber dem Ausland rechtfertigen und gegenüber der eigenen Bevölkerung die Akzeptanz dafür erhöhen konnten.

Der 9. November 1938 – die Bedeutung des Novemberpogroms

Der 17-jährige Herschel Grynszpan schoß am 7. November in Paris als Protest gegen die JüdInnenverfolgung auf den deutschen Diplomaten Ernst v. Rath, nachdem seine Eltern und Geschwister aus Deutschland nach Polen abgeschoben worden waren. Nachdem Rath kurz später starb, organisierte Joseph Goebbels am 9. November 1938 eine reichsweite Aktion gegen die jüdische Bevölkerung, welche als „spontaner Ausbruch des Volkszorns“ getarnt wurde.

Diese Aktion wurde wegen der gelegten Feuer, welche sich in den zerbrochenen Fensterscheiben wie „Kristalle“ spiegelten beschönigend „Reichskristallnacht“ genannt. Diese Nacht dauerte tatsächlich mehrere Tage und Nächte. Nun wurden tausende jüdische Wohnungen und Geschäfte geplündert, zerstört und „arisiert“. 42 Synagogen und Bethäuser wurden in Brand gesteckt und verwüstet. Nicht nur in Wien, auch in den kleineren österreichischen Städten wie Innsbruck kam es zu blutigen Übergriffen. Zahlreiche Menschen starben in Österreich während des und nach dem Novemberpogrom an den Folgen der Mißhandlungen oder nahmen sich aus Verzweiflung das Leben.

6547 Jüdinnen und Juden wurden in Wien im Zuge des Novemberpogroms verhaftet, 3700 davon ins KZ Dachau deportiert. Und: Die jüdische Bevöl-

kerung wurde dazu verpflichtet für alle Schäden des gegen sie gerichteten Pogroms aufzukommen!

Das Novemberpogrom war der entscheidende Schritt, die begonnenen Entrechtungs- und Beraubungsmaßnahmen gegen Juden und Jüdinnen zu vollenden. Es war aber auch eine Art „Testlauf“ der Nazis, wieviel JüdInnenverfolgung der Bevölkerung zuzumuten sei, ohne daß es zu nennenswertem Widerstand dagegen kommt.

Der Aspangbahnhof

Mit dem deutschen Überfall auf Polen begann offiziell der 2. Weltkrieg in Europa. Zu diesem Zeitpunkt lebten noch etwa 70.000 Jüdinnen und Juden in Wien. Alle verbliebenen österreichischen Jüdinnen und Juden waren mittlerweile nach Wien geschickt worden. Dort lebten sie zusammengepfercht in Sammelwohnungen und -lager, unter schlechten Bedingungen und schlecht versorgt. Sie wurden registriert und mußten ab September 1941 einen gelben Davidstern tragen, wie auch die noch von Jüdinnen und Juden bewohnten Wohnungen mit einem solchen gekennzeichnet wurden, um den Behörden die Verfolgung bzw. Aushebung für die Deportationen zu erleichtern.

Die ersten Deportationen sollten noch dem zumindest vorgeblichen Ziel dienen, deutsche bzw. österreichische Jüdinnen und Juden in einem „Judenreservat“ in Polen anzusiedeln. Dieser Plan wurde aber nie verwirklicht.

Im Frühjahr 1941 forderte der neue Gauleiter von Wien, Baldur von Schirach, die Deportationen wieder aufzunehmen, um die verbliebenen jüdischen Wohnungen „freimachen“ zu können. Juden und Jüdinnen wurden erfaßt und registriert und in der Folge Listen für die Deportationen zusammengestellt.

Die Deportationen erfolgten vom Aspangbahnhof. Diese wurden zuerst mit normalen Personenwaggons der 3. Klasse, später dann mit Viehwaggons, durchgeführt und „nur“ von normaler Polizei bewacht, nicht von der SS. Zum einen wollten die Nazis wohl die Illusion einer „Auswanderung“ für die Betroffenen und die beobachtende Bevölkerung aufrecht erhalten, zum andern rechneten sie nicht mit nennenswertem Widerstand durch die Betroffenen, weil viele der aus Wien Deportierten ältere Menschen bzw. Frauen waren. Die Opfer der ersten Deportationen im Jahr 1941 wurden auf die Ghettos im besetzten Rest-Polen aufgeteilt. Arbeitsfähige kamen meist in die Zwangsarbeitslager der SS. Die meisten dieser am Anfang 1941 Deportierten sollten im Frühjahr und Sommer 1942 „Auskämmaktionen“ der SS zum Opfer fallen oder wurden zusammen mit den polnischen Jüdinnen und Juden in die Vernichtungslager gebracht. Tausende österreichische Juden und Jüdinnen wurden in Lagern wie Maly Trostinez massenhaft erschossen oder in Gaswagen ermordet.

Später führten die Deportationszüge vom Aspangbahnhof in das Ghetto Theresienstadt in der Nähe



von Prag, von wo aus die Züge Richtung Vernichtungslager Treblinka, Sobibor, Auschwitz bzw. Auschwitz/Birkenau gingen, welche mittlerweile schon mit riesigen Gaskammern ausgestattet waren. Mit dem Zweck möglichst viele Menschen in möglichst kurzer Zeit und – für die Mörder – möglichst „schonend“ umzubringen.

Unterdessen wurden auch österreichische Roma und Sinti (sie wurden zuerst als „Asoziale“, später als „Zigeuner“ verfolgt) von der Kriminalpolizei bzw. Gestapo beraubt und in den Lagern Lackenbach/Burgenland, Maxglan/Salzburg und St. Pantaleon/OÖ interniert. Sie wurden immer wieder zu Zwangsarbeit herangezogen. Etwa 5000 Roma und Sinti, in der Regel ganze Familien, wurden 1941 in das Ghetto Lodz deportiert und letztlich im Vernichtungslager Kulmhof/Chelmo ermordet. Ein großer Teil der verbliebenen Roma und Sinti aus Österreich wurde nach Auschwitz/Birkenau gebracht und ermordet, nur wenige überlebten. Bei der Befreiung des Lagers Lackenbach durch die Rote Armee waren dort noch höchstens 400 Häftlinge.

Nach 40 großen und vielen kleineren Transporten aus Wien lebten von 200.000 österreichischen Jüdinnen und Juden 1945 noch etwa 5000 in Wien. Sogar noch in den letzten Tagen der Kämpfe um Wien übte eine SS-Einheit ein Massaker an neun hier verbliebenen Juden.

15 bis 20.000 österreichische Jüdinnen und Juden, welche sich nach der Flucht in die Tschechoslowakei, nach Belgien und Frankreich schon in Sicherheit geglaubt haben, fielen nach der Eroberung dieser Länder durch die deutsche Wehrmacht ihren Mördern in die Hände.

6 Millionen europäische Juden und Jüdinnen sind der Shoa, auch „Holocaust“ genannt, zum Opfer gefallen, mindestens 65.500 davon stammten aus Österreich. Diese Zahl ist eine Mindestzahl, da viele Ermordete namenlos oder auch „staatenlos“ waren und deshalb nicht als österreichische StaatsbürgerInnen erfasst wurden. Von den 11 bis 12.000 österreichischen „Zigeunern“ wurden zwischen 1938 und 1945 schätzungsweise 9500 ermordet, etwa 2000 überlebten die Deportationen. Zudem sind zigtausende „Erbkranke“ (Behinderte), „Asoziale“, ZeugInnen Jehovas, ZwangsarbeiterInnen, Deserteure und „Wehrkraftzersetzer“, Homosexuelle, Kriminelle und politische GegnerInnen bzw. WiderstandskämpferInnen aus Österreich der Mordmaschinerie der Nazis zum Opfer gefallen.

„Wie konnte es dazu kommen?“

Als dann der Krieg zu Ende war, Nazi-Deutschland endlich besiegt, das Land in Trümmern lag, Leichenberge allenthalben und die Alliierten die wenigen, die überlebt hatten, aus den Konzentrationslagern befreien, entspann sich eine merkwürdige – ich nenn’ es einmal – „Betrachtung“ des Grauens, die eigentlich bis heute andauert, Marke: „Wie konnte es dazu kommen?“

Industriell organisierter Massenmord an jüdischen (und auch nichtjüdischen) Menschen in Deutschland und Österreich. Länder so zivilisiert, die Heimatländer von Goethe und Schiller, Mozart und Beethoven, so reich an Kultur?

Und dort Abgründe an Folter und vielfachem Mord, Fließbandproduktion des Todes?

„Wie konnte es dazu kommen?“

Die Antworten sind ebenso einfach, wie traurig und vielsagend.

Es konnte dazu kommen, weil allzu viele diese Morde wollten, dafür waren, sie begangen und getötet haben.

Es konnte dazu kommen, weil diese Morde allzuvielen schlicht egal waren, sie einfach ihr eigenes Leben weiterleben wollten.

Und, natürlich, aber dies nicht als allererstes, weil es eine Staatsspitze gab, die diese Morde befohlen hat. Der Pogrom Staatsräson war.

(Die Ecke „Man/frau hat ja nichts gewußt“ lasse ich jetzt sehr absichtlich aus. Daß Jüdinnen und Juden den Stern tragen mußten, in allen Lebensbereichen diskriminiert, in der Öffentlichkeit gedemütigt, enteignet, beraubt und schließlich ganz einfach verschwanden und deportiert wurden: *Das* wußte schon jeder und jede.)

Und Menschen, die dagegen waren, gab es nicht? Doch, natürlich, nicht wenige, sehr mutige Widerstandskämpferinnen und -kämpfer, für die das oft selber Gefängnis, Konzentrationslager und Tod bedeutete.

Und auch sehr viele, ebenso achtenswert, denen es zum aktiven Widerstand an Gelegenheit und Courage fehlte, die aber mit den Greuel nicht einverstanden waren.

Wenn ich mich jetzt ganz kurz frage (was man/frau zwar angeblich in diesem Zusammenhang nicht darf, ich aber trotzdem mache, weil es wichtig ist): „Was hättest du denn selbst getan?“ und ich dann ganz kurz ehrlich mir gegenüber selber bin, ist die Antwort die: Mir ist der Faschismus und alles Gedankengut, das damit auch nur entfernt zusammenhängt, abgrundtief verhaßt.

Aber trotzdem hätte ich mich ganz kleingemacht. Aus Angst. Damals konnte ein schlechter Witz über Hitler Verhaftung und Schlimmeres bedeuten.

Der Unterschied ist nur: Ich hätte eine Wahl gehabt. Jüdische Menschen, Roma und Sinti und viele andere hatten diese von vornherein nicht.

Daß es keinen öffentlich wirksamen Protest gegen die Entrechtung und Vernichtung gab, hatte auch den Grund: Es war zu gefährlich.

(Große Ausnahmen: Die Predigten des Bischofs Galen in Münster 1941 gegen die Euthanasie schwerkranker und „geistig Behinderter“, aber auch die Demonstrationen nichtjüdischer Frauen gegen die Deportation ihrer jüdischen Männer 1943 in Berlin.)

Es gab in Nazideutschland nichts von dem, was sich ein wenig sperrig „Bürgerliche Freiheiten“ nennt: Keine freien Wahlen, keine Redefreiheit, keine Demonstrationen, keine unabhängige Justiz, keine Gewerkschaften, keine andere Partei außer der Nazi-Partei. Das Brief- und Postgeheimnis war außer Kraft gesetzt, die Tageszeitungen und das Kino wurden von einem eigenen Ministerium zensuriert, beim Einsperren von Menschen herrschte vollkommene Willkür (teilweise wurden Leute, die selbst die Nazi-Justiz freigesprochen hatte, vor dem Gerichtssaal von der SS wieder verhaftet).

Die vollkommene Mißachtung der politischen und sozialen Rechte des Einzelnen – und zwar aller – war unabdingbare Voraussetzung des Vernichtungsprogramms gegen (nicht nur) jüdische Menschen.

Und jetzt? Was kann man/frau aus der Geschichte lernen? (Auch diese Frage ist eher verfemt und gilt als ein wenig unfein.)

Natürlich kann man/frau aus der Geschichte etwas lernen!

Zunächst Binsenweisheiten wie die: Dem Faschismus in all seinen Ausprägungen und Gedankensprüngen mit den (hoffentlich) besseren Argumenten entgegenzutreten.

Heute ist das ohne wesentliche persönliche Gefährdung möglich.

Heute gibt es Rede- und Versammlungsfreiheit, freie Wahlen, unzensurierte Medien.

Die Justiz ist unabhängig, die Gesetze werden im Parlament beschlossen und nicht von einem „Führer“ dekretiert.

Wir können diese Mahnwache und Kundgebung am 9. November abhalten und die Polizei soll sie schützen und nicht auseinanderjagen.

Der Einzelne hat genau umrissene unantastbare Grund- und Freiheitsrechte.

(Vorsicht! Das ist kein Loblied auf das hier und heute, es gibt allzu vieles, das man und frau den Magen nur umdrehen kann, der entscheidende Unterschied ist bloß: Ich kann dagegen auftreten und vielleicht, aber sehr vielleicht, Mißstände abmildern helfen.)

Was kann man und frau aus der Geschichte noch lernen?

Sich gegen Diskriminierung und Deklassierung in allen Ausprägungen und Lebensbereichen stellen – auch dann und gerade dann, wenn einem und einer die Diskriminierten und Deklassierten nicht unbedingt sehr sympathisch erscheinen.

Was muß frau und man aus der Geschichte lernen?

Sich jeder noch so geringen Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten zu widersetzen!

Mehr Rechte für die Polizei bedeuten eben nicht automatisch mehr Sicherheit, aber automatisch weniger Rechte für die Bürgerinnen und Bürger.

Es ist nicht falsch verstandener TäterInnenschutz, rechtsstaatliche Grundsätze in Justiz und Verwaltung einzufordern, sondern schlichter Selbstschutz.

Datenschutz eng sehen sollten nicht nur Leute, die etwas zu verbergen haben, sondern jede und jeder, denn wer sagt Dir, für was sich der Staat (aber nicht nur der) morgen und übermorgen interessiert?

Demonstrationen nur mehr auf der Donauinsel und der Prater Hauptallee abhalten zu lassen (wie es gewisse Politiker augenblicklich forcieren), da sollten nicht nur die hellhörig werden, die demonstrieren gehen.

Warum?

Weil Grundrechte nun einmal unteilbar sind, aber das nur sein können, wenn sie auch für alle gelten.

Weil jede Einschränkung der Rechte eines bestimmten Personenkreises, den Boden aufbereitet für die Einschränkung der Rechte des nächsten Personenkreises.

Das ist auch kein akademisches Thema für abgehobene juristische Seminare.

Sondern kann sehr leicht jeden und jede betreffen.

Denn: Je geringer die Grund- und Freiheitsrechte, desto enthemmter und willkürlicher gebärden sich der Staat und dessen Organe.

Und dann bist Du entweder selbst betroffen oder machst Dich am Besten wieder für vielleicht lange bleierne Jahre ganz klein.

Initiative Aspangbahnhof